

Nr. 17/1506

Folgende Vorlagen sind von den Antragstellern zurückgezogen:

1. Bremer Autobahnring menschengerecht planen und zügig schließen
Antrag der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Bernd Richter,
Dr. Oliver Möllenstädt (FDP)
vom 8. November 2010
(Drucksache 17/1516)
2. Autobahn 281 – Sofortiger Weiterbau des Torsos im planfestgestellten Bereich
Neuenlander Straße und Durchführung eines Moratoriums
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. November 2010
(Drucksache 17/1553)
3. Zukunft des Bremer Sechstagerrennens
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. Februar 2011
(Drucksache 17/1637)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1720)

Nr. 17/1507

Fragestunde

1. Plattdeutsch in den Medien
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD
vom 6. April 2011
2. Verwendung von EFF-Mitteln
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Paul Bödeker, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. April 2011
3. Beweissicherungsverfahren bei Ermittlungen wegen Vergewaltigungen
Anfrage der Abgeordneten Horst Frehe, Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. April 2011
4. Genitalverstümmlungen
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Björn Tschöpe und Fraktion
der SPD vom 7. April 2011
5. Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hiller, Frank Schildt, Björn Tschöpe und Frak-
tion der SPD vom 8. April 2011

6. Weiterentwicklung des Krankenhausspiegels für das Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. April 2011
7. Veröffentlichung von Geodaten, Statistikdaten und Umweltinformationen
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2011
8. Potenzial der Elektromobilität in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 21. April 2011
9. Verfassungsschutzbericht 2010
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 21. April 2011
10. Arbeitnehmerkammerbeiträge von in Privathaushalten Beschäftigten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 2. Mai 2011
11. Unbearbeitete Betrugsdelikte bei der Polizei
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 3. Mai 2011

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Mutter-/Vater-Kind-Kuren
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Ursula Arnold-Cramer, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 3. Mai 2011
13. Versendung von Wahlunterlagen zur Bürgerschaftswahl 2011
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 3. Mai 2011
14. Spielerschutz im neuen Bremischen Spielhallengesetz
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Mai 2011

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/1508

Autobahn A 281: Ergebnisse des runden Tisches schnell umsetzen, 4-Süd zügig herstellen und B 6n sicherstellen

Antrag der Gruppe der FDP, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2011
(Drucksache 17/1763)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend und gemäß den Arbeitsergebnissen des runden Tisches zur A 281 ein Planänderungsverfahren für den Planfeststellungsbeschluss des Bauabschnitts 2/2 vom 7. April 2009 einzuleiten, um die einstimmig von allen Vertretern des runden Tisches vorgeschlagene Variante 4-Süd zügig zu realisieren.
2. Als vorbereitender Schritt dafür und als Bestätigung des am runden Tisch von den Bürgern der Neustadt und Obervielands, der Wirtschaft, dem Senat und der Politik gemeinsam formulierten Willens ist von Senat und Stadtbürgerschaft eine Änderung des Flächennutzungsplans für die Stadtgemeinde Bremen einzuleiten und zu beschließen, die das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24. November 2010 berücksichtigt und eine Trassenführung der A 281 gemäß der vorgeschlagenen Variante 4-Süd vorsieht.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Wunsch der „Vereinigung der Bürgerinitiativen Obervieland/Huckelriede für eine menschengerechte A 281“, von der Planfeststellungsbehörde und der DEGES regelmäßig über den Planungsstand unterrichtet zu werden und wesentliche Abweichungen vom Beschluss des runden Tisches vom 27. April 2011 mit allen Beteiligten zu erörtern.
4. Wie vom Beirat Obervieland gefordert, sind entlang des Zubringers Arsten angemessene Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen.
5. Bei der Konkretisierung der Auf- und Abfahrten in Kattenturm bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, alle Betroffenen einzubeziehen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass die Bundesstraße 6 neu (B 6n) nur in der Bremer Vorzugsvariante mit einem Tunnel unter der Start- und Landebahn des Flughafens hindurch gebaut und bei Brinkum an die Autobahn angeschlossen werden soll, also in der Form, wie sie der runde Tisch zur B 6n in 2009 gemeinsam beschlossen und wie der runde Tisch zum Bauabschnitt 2/2 sie im April 2011 bestätigt hat. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert zudem, dass die Verknüpfung des Bauabschnitts 2/2 und der B 6n auf dem ehemaligen Gelände der Firma Hornbach erfolgen soll.
7. Eine Umfahrung des Flughafengeländes in östlicher Richtung, nahe der Wolfskuhlensiedlung, wie sie der Bund aus Kostengründen in Betracht zieht, lehnt die Bürgerschaft (Landtag) ab.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf sicherzustellen, dass nur diese Bremer Vorzugsvariante der B 6n in der von der Bürgerschaft (Landtag) gewünschten Form geplant wird und sich für eine Einstufung der B 6n als vorzuringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan einzusetzen.

Nr. 17/1509

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/1510

Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Januar 2011
(Drucksache 17/1607)

D a z u

Bahnfernverkehr für Bremen verbessern und ÖPNV-Träger miteinander vertakten

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. März 2011
(Drucksache 17/1706)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, sich beim Bund und bei der Deutschen Bahn AG für die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Fernverkehrsangebots für Bremen und Bremerhaven sowie einen effektiven Lärmschutz entlang der bremischen Hauptverkehrsstrecken einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, dass sie auf die jährlichen Sonderzahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bund in Höhe von 500 Mio. € verzichtet und diese Mittel stattdessen in die Qualität und die Zuverlässigkeit des Schienennetzes und effektiven Lärmschutz reinvestiert werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Deutschen Bahn AG für eine Rückkehr zu der ICE-Kapazität zwischen Bremen und Hamburg des vorherigen Fahrplanzeitraums einzusetzen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit allen Bahndienstleistern über die regelmäßig notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Schienenpersonenfernverkehr im ständigen Dialog zu bleiben und ihnen gegenüber die verkehrspolitischen Interessen Bremens und Bremerhavens deutlich zu artikulieren, auch in punkto Lärmschutz.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Fahrpläne der BSAG mit den Fahrplänen der Deutschen Bahn AG, der NordWestBahn GmbH und der metronom Eisenbahngesellschaft GmbH besser abzustimmen und sich für einen integrierten Taktfahrplan (ITF) einzusetzen. Dies gilt insbesondere für Fahrten in den Tagesrandzeiten. Dazu soll die Einrichtung von Kommunikationsschnittstellen unter den Unternehmen zum besseren Erreichen von Anschlüssen im Verspätungsfall geprüft und die technische wie finanzielle Machbarkeit dargestellt werden.

Nr. 17/1511

Umleitung des Eisenbahn-Güterverkehrs prüfen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Februar 2011
(Drucksache 17/1678)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine Studie über mögliche langfristige Alternativen zu den bestehenden Güterverkehrstrassen zu initiieren. Im Rahmen der Studie sollen insbesondere geprüft werden:

- a) alternative Streckenführung abseits von dicht besiedelten Stadtgebieten,
- b) Ertüchtigung bzw. Modernisierung bestehender Alternativstrecken,
- c) mögliche Neubauvarianten außerhalb städtischer Gebiete.

Nr. 17/1512

Bahnlärm jetzt verringern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Mai 2011
(Drucksache 17/1758)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbegrenzungen für laute Züge geschaffen wird, um die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der 2012 wieder anstehenden Kartierung des Bahnlärms zur Kontrolle systematische Lärmmessungen an den Bahnstrecken durchgeführt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
3. auf Basis der Maßnahmenplanung der Deutschen Bahn AG (DB) bzw. des Bundes in Abstimmung mit dem Magistrat und der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte eine eigene Priorisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken im Lande Bremen zu erstellen und gegenüber der DB bzw. dem Bund zu vertreten.

Nr. 17/1513

Lärmschutz auf der Schiene verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2011
(Drucksache 17/1759)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1514

Mehr Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen

Antrag der Gruppe der FDP
vom 10. Mai 2011
(Drucksache 17/1766)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn weiter zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für ihr Lärmsanierungsprogramm zu drängen,
2. sich dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein lückenloser Lärmschutz an den Hauptbahntrassen erfolgen kann,
3. sich weiter für die Förderung lärmindernder Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
4. sich für den Austausch von veralteten Grauguss-Bremsen durch Bremsen mit K-Sohle oder LL-Sohle einzusetzen,
5. weiterhin auf die Abschaffung des Schienenbonus im Bundesimmissionsschutzrecht zu drängen,
6. sich weiterhin für eine Absenkung der Lärmsanierungswerte einzusetzen,
7. sich für lärmabhängige Trassenpreise einzusetzen und weiterhin andere Anreizsysteme für lärmindernde Zugzusammenstellungen zu unterstützen,
8. sich dafür einzusetzen, dass eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, auf deren Basis Geschwindigkeitsbeschränkungen für übermäßig laute Züge zu allen Tages- und Nachtzeiten erlassen werden können und
9. einen Beteiligungsprozess für die notwendigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in Bremen und Bremerhaven zu initiieren.

Nr. 17/1515

Die Situation von Betreuten in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Dezember 2010
(Drucksache 17/1605)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2011

(Drucksache 17/1684)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1516

Offene Unternehmensbeteiligungen als Wirtschaftsförderinstrument nutzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Januar 2011
(Drucksache 17/1621)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 5. April 2011

(Drucksache 17/1735)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, in welchem Umfang offene Beteiligungen am Eigenkapital von expansionsorientierten Unternehmen als Instrument der bremischen Wirtschaftsförderung sinnvoll und möglich sind. Dabei soll auch geprüft werden, welchen Umfang ein revolvierender Fonds für offene Unternehmensbeteiligungen haben müsste.
2. Der Senat wird darüber hinaus gebeten zu prüfen, ob und in welcher Weise sich auch private Partner an einem solchen Fonds beteiligen können.

Nr. 17/1517

Sexueller Missbrauch von Kindern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Mai 2011
(Neufassung der Drucksache 17/1643 vom 11. Februar 2011)
(Drucksache 17/1776)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Ergebnisse des runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ auszuwerten und vorhandene, für das Land Bremen geeignete Studien heranzuziehen und gegebenenfalls durch eine ergänzende Dunkelfeldforschung im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zu vertiefen. Dabei sollen typische Verhaltensweisen von Täterinnen, Tätern und Opfern analysiert werden.
2. aufgrund der erlangten Erkenntnisse über die typischen Verhaltensweisen der Opfer, eine Präventionsschrift zu fertigen, welche Ärzten, Lehrern, Erziehern, Sozialarbeitern und allen Personen, die mit Kindern zu tun haben, zur Verfügung gestellt wird;
3. durch verbesserte Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und der Jugendgerichtshilfe und allen Personen, die mit Kindern zu tun haben, diese gezielt zu sensibilisieren;
4. die Präventionsarbeit abzusichern, zu erweitern und zu verbessern und dabei gezielt auf die Kinder und Jugendlichen einzugehen, um diesen Mut und Kraft für eine Anzeige, insbesondere wenn die Täter aus dem Bekanntenkreis oder Verwandtschaft kommen, zu geben;
5. die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts, insbesondere zwischen dem Innen-, Sozial- und Bildungsressort, bei der Bekämpfung und Verfolgung von sexuellem Missbrauch von Kindern zu verbessern;
6. die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit persönlicher, telefonischer oder schriftlicher Kontaktmöglichkeit bei der Staatsanwaltschaft, Polizei oder einer anderen Behörde zu prüfen, die den Opfern professionell, unkompliziert, vertrauensvoll, schnell und sicher einen Erstkontakt zur Meldung von und Beratung bei sexuellem Missbrauch von Kindern ermöglicht und die weiteren nötigen Schritte einleitet;
7. einmal im Jahr Weiterbildungsmaßnahmen zu den Gefahren für Kinder und Jugendliche durch das Internet für Lehrer anzubieten, an denen diese verpflichtend teilnehmen, damit die Lehrer im Rahmen des Unterrichtes das aus der Weiterbildungsmaßnahme erlangte Wissen an die Schüler und bei geeigneten Veranstaltungen auch an die Eltern weitergeben können.

Nr. 17/1518

Umsetzungsstand der Bremer Schulreform

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Februar 2011
(Drucksache 17/1644)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. April 2011

(Drucksache 17/1743)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1519

Deutschlandabitur schafft Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. März 2011

(Drucksache 17/1681)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1520

Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht auf das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/1613)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011

(Drucksache 17/1668)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1521

Unerlaubte Telefonwerbung wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 19. Januar 2011

(Drucksache 17/1622)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. Werbung mit einem Telefonanruf gegenüber einer Verbraucherin oder einem Verbraucher die vorherige schriftliche Einwilligung voraussetzt,
2. bestehende Ausnahmen vom Widerrufsrecht bei telefonisch abgeschlossenen Zeitschriften- oder Lotterieverträgen gestrichen werden und dass die Widerrufsmöglichkeit bei Dienstleistungsverträgen nicht schon dann wegfällt, wenn der Verbraucher dem Beginn der Leistungserbringung ausdrücklich zugestimmt oder diese selbst veranlasst hat sowie
3. das unternehmerische Verhalten, das darauf abzielt, Verbraucherinnen und Verbraucher mit unlauteren Methoden zu ungewollten Vertragsschlüssen zu verleiten, wirksam sanktioniert wird.

Nr. 17/1522

Unlautere Telefonwerbung effektiv verhindern – Vollzug bestehender Gesetze sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP

vom 6. April 2011

(Drucksache 17/1741)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1523

Zeitgemäße Unterstützung von Menschen mit Behinderung – Eingliederungshilfe weiterentwickeln

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/1627)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1524

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42 (Petition Nr. L 17/724) vom 1. Februar 2011

(Drucksache 17/1633)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition L 17/724 wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1525

Krankenversicherung für Selbstständige mit niedrigen Einkünften sichern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1654)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über den Bundesrat mit der Zielsetzung initiativ zu werden,

1. es Krankenkassen wieder zu ermöglichen, bei Solo-Selbstständigen mit geringen Einkünften Beitragshöhe und -zahlungsmodalitäten für einen begrenzten Zeitraum deren tatsächlicher Leistungsfähigkeit entsprechend zu gestalten,
2. zu prüfen, wie die für den Mindestbeitrag zur Krankenversicherung geltenden Bezugsgrößen angesichts einer steigenden Zahl von Solo-Selbstständigen mit geringen Einkünften so differenziert werden können, dass sie der tatsächlichen Einkommenssituation und Leistungsfähigkeit dieser Versicherten entsprechen,
3. Versäumniszuschläge für bislang nicht entrichtete Beiträge so zu bemessen, dass sie nicht schon nach relativ kurzer Zeit zu einer für Versicherte kaum noch zu überwindenden Hürde und für Solo-Selbstständige zur Gefährdung ihrer Existenz werden.

Nr. 17/1526

Bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1658)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. das – auch international inzwischen immer nachhaltiger eingeforderte – Prinzip eines freien und für die Nutzer/-innen im Regelfall kostenlosen Zugangs mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen (Open Access) auch in Deutschland vorangebracht wird.
2. überprüft wird, ob ein grundsätzliches Zweitverwertungsrecht für Urheber/-innen von wissenschaftlichen Beiträgen, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungstätigkeit entstanden sind, eingeräumt werden sollte und
3. die digitale Weiterverwertung von Werken (u. a. Kopien) an elektronischen Lesepätzen nicht nur in der Bibliothek selbst, sondern auch von anderen Stellen der

nutzenden Einrichtung ermöglicht und dieses Recht neben den Bibliotheken, Museen und Archiven auch den Bildungseinrichtungen eingeräumt wird.

Nr. 17/1527

Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer

Mitteilung des Senats vom 15. März 2011

(Drucksache 17/1690)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1528

Gesetz zu dem Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011

(Drucksache 17/1713)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1529

33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 25. März 2011

(Drucksache 17/1708)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/1530

5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011

(Drucksache 17/1709)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/1531

Konzept für Mehrsprachigkeit in Bremen

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011

(Drucksache 17/1717)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1532

Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. Februar 2010

(Drucksache 17/1174)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1533

Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1718)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1534

Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1459)

Der Senat wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Bundesländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein zu prüfen, wie die vorhandenen Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf den Bundesautobahnen vernetzt werden können, um so über dynamische Wegweisung weiträumige Umlenkungen von Verkehrsströmen auf weniger ausgelastete Strecken zu erreichen. Zudem sollte zukünftig auch die Sperrung einzelner Ausfahrten oder Fahrstreifen in der dynamischen Wegweisung besser und frühzeitiger berücksichtigt und angezeigt werden.
2. eine länderübergreifende Planungsgruppe einzusetzen, die sich mehrmals im Jahr über einzurichtende Baustellen und die daraus resultierenden Stausituationen und Alternativrouten austauscht.

Nr. 17/1535

Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1719)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1536

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 46 vom 12. April 2011

(Drucksache 17/1750)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1537

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 47 vom 3. Mai 2011

(Drucksache 17/1760)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1538

Bericht von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 28. Oktober 2008
(Drucksache 17/579)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 17/1539

Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 17/579 vom 28. Oktober 2008, „Bericht von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 31. August bis 2. September in Visby, Schweden“ vom 18. April 2011

(Drucksache 17/1751)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 17/1540

Bericht über die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Åland Islands

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 14. September 2010

(Drucksache 17/1432)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 17/1541

Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 17/1432 vom 14. September 2010, „Bericht über die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 19. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Åland Islands vom 18. April 2011

(Drucksache 17/1752)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 17/1542

Gesetz zur Bereinigung reise- und umzugskostenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. April 2011

(Drucksache 17/1754)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1543

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. April 2011

(Drucksache 17/1755)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1544

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik stärken

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2011

(Drucksache 17/1762)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1545

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Antrag der Gruppe der FDP
vom 9. Mai 2011
(Drucksache 17/1764)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 17/1546

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1714)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1547

Gesetz zur Umsetzung des Konsolidierungskurses – Änderung der Landeshaushaltsordnung

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 10. Mai 2011
(Neufassung der Drucksache 17/1765 vom 10. Mai 2011)
(Drucksache 17/1771)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 17/1714 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1548

Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2011
(Drucksache 17/1768)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1549

Offenlegung der regionalen Kriminalität

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Februar 2011
(Drucksache 17/1645)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.